



HESSISCHER LANDTAG

17. 04. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Hochbunker Friedberger Anlage in Frankfurt am Main als Gedenkstätte erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf das Bundesfinanzministerium Einfluss zu nehmen, um den Verkauf des Bunkers in der Friedberger Anlage in Frankfurt am Main an einen privaten Investor zu verhindern. Der Hochbunker in der Friedberger Anlage ist zu diesem Zwecke aus dem Portfolio des Bundesamts für Immobilienmanagement (BIMA) zu nehmen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf das Bundesfinanzministerium einzuwirken, mit dem Ziel, dass der Hochbunker für einen symbolischen Preis an die Stadt Frankfurt veräußert wird, um den Erhalt des Ortes als Gedenkstätte zu sichern.
3. Der Landtag begrüßt das zivilgesellschaftliche Engagement der Initiativen, die den Hochbunker in der Friedberger Anlage als Ort des Erinnerns, Gedenkens und Lernens sichern und bewahren wollen.

Begründung:

Der Hochbunker in der Friedberger Anlage ist im Besitz der Bundesregierung. Das Bundesamt für Immobilienmanagement, das der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums untersteht, will den Bunker in der Friedberger Anlage marktgerecht verwerten. Der Bunker hat aber eine besondere historische Bedeutung, da er auf den Trümmern der von den Nationalsozialisten zerstörten Synagoge errichtet worden ist. In diesem Bunker wurde von Initiativen ein Ort des Gedenkens, des Erinnerns, des Lernens und der Begegnung eingerichtet. Hier wird wertvolle Erinnerungskultur gelebt und vermittelt. Es ist nicht nachvollziehbar, für einen Bunker "Marktwert" zu fordern, der auf den Fundamenten einer Synagoge erbaut wurde, und seit den 90er-Jahren bereits in Verbindung mit einer Gedenkstätte genutzt wird und nur in diesem Sinne ausgebaut werden soll.

Wiesbaden, 17. April 2012

Der Parl. Geschäftsführer:
Mathias Wagner (Taunus)